

Herausgeber: DPoIG-Bundesleitung

Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Telefon (030) 47 37 81 23
Telefax (030) 47 37 81 25

dpolg@dbb.de
www.dpolg.de
V.i.S.d.P.: Rainer Wendt

15.04.2021

Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2020 DPoIG: Kriminalität verlagert sich - Keine Entwarnung in Sicht

Die Vorstellung der Kriminalitätsstatistik für 2020 zeigt keine Entwarnung, trotz der besonderen Lage durch die Corona-Pandemie. „Der Rückgang der Kriminalitätsfälle bei bestimmten Delikten wie bei Wohnungseinbrüchen vermindert nicht das nach wie vor vorherrschende Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung.“, sagte **DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt** in Berlin. Insgesamt ist die Kriminalität in Deutschland im vergangenen Jahr laut PKS trotz der Corona-Maßnahmen nur geringfügig um 2,3 Prozent auf insgesamt 5,31 Millionen Straftaten gesunken.

Besorgniserregend bleibt, dass die Zahl der Fälle von Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte auf einem hohen Niveau verharrt, 37.000 Fälle bundesweit. **Rainer Wendt**: „Die Hemmschwelle, Polizistinnen und Polizisten tätlich anzugreifen, sie zu bespucken und sogar zu schlagen, ist bei vielen verlorengegangen. Es zeigt sich, dass die Akzeptanz staatlichen Handelns weiter abnimmt und die Einsatzkräfte der Polizei dies täglich zu spüren bekommen.“

Die neue Kriminalstatistik zeigt auch, dass veränderte Tatgelegenheiten zu neuen Tatbehebungsmustern führen. Wenn die Wohnung besetzt ist, steigt der Einbrecher eben in die Keller Räume, Garage oder Werkstatt ein. Oder er sucht sich die Firmenräume, wenn die Beschäftigten alle im Homeoffice arbeiten.

Wendt: „Wenn die Politik viele Milliarden auf den Markt wirft, um richtigerweise bedrohten Unternehmen zu helfen und sich dabei dermaßen dilettantisch anstellt, wie in Deutschland, ist der Anstieg der Betrugsdelikte in diesem Bereich kein Wunder. Während dringend benötigte Beihilfen für tatsächlich existierende Unternehmen, die in Not sind, auf sich warten lassen, kassieren Betrüger ungeniert ab.“

Es zeigt sich wieder einmal, dass in Krisensituationen wie zu Pandemiezeiten nur ein Staat mit stabilen staatlichen Strukturen und öffentlich Beschäftigten in der Lage ist, solche Prozesse zu steuern. Manchmal scheint das etwas bürokratisch, aber die Hilfen kommen dafür zielsicher in die richtigen Taschen.“